

# Informationen aus dem **L a n d t a g**

April 2021



**GRÜN.  
KOMMT**



Liebe Freundinnen und Freunde, seit über einem Jahr hält das Virus die Welt und unseren Alltag fest im Griff. Aktuell müssen wir feststellen, dass es bislang nicht gelungen ist, das Virus nachhaltig einzudämmen. Im Gegenteil, weiterhin fehlt es an einer Gesamtstrategie, die durch Impfen, Testen, Kontaktnachverfolgung und Hygieneregeln die Voraussetzungen für mehr Normalität

schaft. Leider hat auch die jüngste MPK wieder nur den kleinsten gemeinsamen Nenner beschrieben, statt ein wegweisendes Handlungskonzept aufzuzeigen. Gleichzeitig sind viele Menschen am Limit: Das medizinische Personal geht seit Langem häufig weit über die persönliche Belastungsgrenze; Unternehmen und Solo-Selbstständige bangen um ihre Existenz, weil angekündigte Hilfen weiter nur schleppend ankommen. Es sind aber auch die Kinder und Jugendlichen, die besonders unter der Situation leiden. Zwar betont die Politik immer wieder, dass sie in der Pandemiebekämpfung Priorität haben sollen, doch auch hier fehlt es an Konzepten und Vorbereitung. Selbsttests für Schüler\*innen, die erst auf den Weg gebracht werden, wenn die Schüler\*innen schon längst wieder in den Wechselunterricht zurückkehren sollen, sind ein deutlicher Beleg für das Scheitern der Politik des „Fahrens auf Sicht“ der schwarz-gelben Landesregierung. Und auch die Kommunen schlagen Alarm und fühlen sich in der Krisenbewältigung von der Landesregierung allein gelassen. Statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen, blockiert die Landesregierung immer wieder örtliche Maßnahmen. Die Kommunen brauchen einen klaren Rahmen, um vor Ort flexibler reagieren zu können. Sie brauchen aber auch finanzielle Unterstützung durch Land und Bund für die massiven Einnahmeausfälle, die mittlerweile die Handlungsfähigkeit der Kommunen bedroht.

Doch auch die Klimakrise macht keine Pause. Daher haben wir den Schwerpunkt dieses Heftes auf die Verkehrswende gesetzt. Mobilität in NRW ist ein entscheidender Faktor, wenn es um das Erreichen der Klimaziele geht, aber auch für ein gutes Leben. Nur wenn die Verkehrsstrategien nicht mehr das Auto als Maßstab nehmen, können wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, der durch Mobilität entsteht, spürbar senken – und gleichzeitig die Luftqualität und Sicherheit in den Straßen und so die Aufenthaltsqualität in den Städten verbessern.

Darüber hinaus findet Ihr in dieser Ausgabe der GRÜN.KOMMT unter anderem Beiträge zur „Volksinitiative Artenschutz“, zur Zukunft unserer Innenstädte und zu unserer Initiative, Dächer grundsätzlich mit Sonnenenergieanlagen zu bestücken.

Viel Spaß bei der Lektüre

Josefine Paul und Verena Schäffer  
Fraktionsvorsitzende

## Inhalt

Corona-Pandemie in NRW	----- 3
Mobilität.NRW	----- 4
Solarpflicht	----- 6
Artenvielfalt	----- 6
Enquete-Kommission «Brexite»	---- 7
Innenstädte	----- 7

WER KANN DEM NOCH FOLGEN?

## MINISTERPRÄSIDENT LASCHET IST IN DER KRISE ÜBERFORDERT!



Wenn die neuen Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zu den Corona-Maßnahmen verkündet werden, können viele Menschen die Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen. Das Hin und Her bei den ausschlaggebenden Inzidenzzahlen und die Mahnungen zur Vorsicht bei gleichzeitigen Öffnungen machen uns alle müde. Gerade in den Äußerungen von Ministerpräsident Armin Laschet wird diese Widersprüchlichkeit sichtbar. Sprach er sich noch Anfang Februar für einen Inzidenzwert von 35 als Ziel für spürbare Lockerungen aus, verkündete er schon Anfang März einen Inzidenzwert von unter 100 als Richtwert. Für eine erfolgreiche Strategie gegen die Pandemie brauchen wir aber eine klare Führung, die Übernahme von Verantwortung und kein wankelmütiges Handeln. Mit ihrer Unberechenbarkeit verspielt die Landesregierung zunehmend das Vertrauen der Menschen in die Lösungskompetenz der Politik.

Denn auch wenn wir alle zunehmend belastet sind: Die grundsätzliche Bereitschaft, Beschränkungen zu ertragen, ist immer noch hoch. Was fehlt, sind klare und nachvollziehbare Pläne der Landesregierung, wie sie das Land langfristig durch die Krise manövrieren will. Gerade in den vergangenen Wochen entstand der Eindruck, als agiere die Landesregierung so, als stände sie am Anfang einer Pandemie und nicht, als hätte sie bereits ein Jahr Erfahrung mit dem Virus und seinen Auswirkungen. Die Lernkurve der Handelnden ist einfach zu flach. Dies zeigt sich etwa an einer fehlenden Impfstrategie. Dass seit Ende letzten Jahres mit den Impfungen gegen COVID-19 begonnen werden konnte, verdanken wir unter anderem dem Forscherpaar Türeci und Şahin, das innerhalb kürzester Zeit den ersten wirksamen Impfstoff entwickelte. Seitdem ist klar, dass Impfen auch kurzfristig schon eine entscheidende Säule

im Kampf gegen das Virus sein würde. Trotzdem war NRW auf den Impfprozess nicht ausreichend vorbereitet. Ab Mitte März zeigte sich, dass die Infrastruktur nicht der Impfmenge gewachsen war, was auf keine weitsichtige Planung zurückzuführen ist. Es ist zu befürchten, dass sich dies ab April noch verschlimmert, wenn es am Impfstoff nicht mehr mangeln wird, sondern die Verimpfung das Problem wird.

Die zweite wichtige Säule ist eine wirksame Teststrategie. Doch auch hier: Fehlanzeige. Wir sehen das große gesellschaftliche Sicherheitsbedürfnis. Die Sorge Angehörige anzustecken, ist so groß, dass die Selbsttests sehr nachgefragt sind. Und jeder Test, der gemacht wird, ist gut. Die Anfang März erfolgten Maßnahmen taugten aber kaum, um das Testversprechen von Bund und Land zu erfüllen. Vielmehr wurde einmal mehr die Verantwortung an die Kommunen durchgereicht – ohne diese ausreichend vorzubereiten. Wie es anders gehen kann, zeigt Baden-Württemberg mit grünem Ministerpräsidenten und ausdifferenzierter Teststrategie.

Was wir insgesamt brauchen, sind klare, verständliche Regeln und vorausschauende Pläne, die länger gelten als bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz. Ein solcher Stufenplan muss zudem mehr beinhalten als das ausschließliche Starren auf die Inzidenzwerte. Er führt zu mehr Planbarkeit und Transparenz – und damit auch wieder zu mehr Vertrauen in die politisch Handelnden. Denn Pläne sind kein Selbstzweck, sondern Bestandteile zukunftsgerichteter und verantwortungsvoller Führung. Das „Fahren auf Sicht“ ist das Gegenteil – offensichtlich sind die Landesregierung und insbesondere Ministerpräsident Laschet in der Krise überfordert.

[Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de](mailto:Mehrdad.Mostofizadeh@landtag.nrw.de),  
Sprecher für Gesundheitspolitik

## Verkehrswende

# MOBILITÄT IN NRW NEU DENKEN

**Fahrradfahren boomt, seit Jahren steigen immer mehr Menschen aufs Rad und sind damit mobil. Durch die Corona-Pandemie hat dieser Trend noch mehr Fahrt aufgenommen. Wir GRÜNE wollen diese Entwicklung noch weiter befördern. Denn nur wenn mehr Bürgerinnen und Bürger vom Auto auf das Fahrrad als Mobilitätsalternative umsteigen, können wir die dringend notwendige Verkehrswende erreichen und die Klimaziele auch im Verkehrsbereich einhalten.**

MOBILITÄT  
IN NRW

Mehr Radverkehr bedeutet weniger Lärm, sauberere Luft und mehr Platz, vor allem in den Städten - so gewinnen alle. Die Vorteile des Radverkehrs erkennen immer mehr Menschen und haben deshalb in ganz NRW die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ unterstützt, deren Inhalte und Ziele mit großer Mehrheit im Landtag beschlossen wurden. Auch bei den Kommunalwahlen im letzten Herbst war die Verkehrspolitik ein wichtiges Thema. Der Grüne Erfolg lässt sich auch auf unser entschiedenes Eintreten für die Verkehrswende und für mehr Radverkehr zurückführen. Umso wichtiger ist es jetzt, dass auch Taten folgen. Große Hoffnungen lagen dabei auf dem neuen Fahrradgesetz NRW, das aufgrund der erfolgreichen Volksinitiative von der schwarz-gelben Landesregierung erarbeitet werden musste. Anfang März hat nun Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) einen Entwurf für ein Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz NRW vorgelegt, der zunächst in die Verbändeanhörung geht. Bereits zuvor hatten wir GRÜNE ein eigenes Eckpunktepapier mit unseren Ideen und Vorstellungen veröffentlicht, die in einem solchen Gesetz berücksichtigt werden müssen, um den Zielen von „Aufbruch Fahrrad“ gerecht zu werden.

### **Gesetzentwurf des Landes unverbindlich**

Nach eingehender Prüfung des Gesetzentwurfs der Landesregierung können wir leider nur konstatieren, dass dieser in keiner Weise hinreichend sein wird, die Situation für die Radfahrenden kurz- und mittelfristig entscheidend zu verbessern. Das Ziel der Volksinitiative, 25 Prozent Radverkehrsanteil bis zum Jahr 2025 kann damit noch nicht einmal annähernd erreicht werden. Weder gibt es verbindliche Maßnahmen, die vom Land

getroffen werden sollen, noch werden die Kommunen für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in die Pflicht genommen. Im Wesentlichen enthält der Radverkehrs- und Nahmobilitätsgesetzentwurf bereits heute existierende und damals von Rot-Grün auf den Weg gebrachte Maßnahmen, wie zum Beispiel das Förderprogramm Nahmobilität, die institutionelle Förderung der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte sowie das Zukunftsnetzwerks Mobilität. Neu sind die Festlegung eines Radvorrangnetzes und eines Bedarfsplans für Radschnellwege-Verbindungen. Allerdings sollen diese erst im Laufe der kommenden Jahre erstellt werden. Ziele, Kriterien, Standards oder andere verbindliche Vorgaben sind dabei im Gesetzentwurf nicht definiert.

### **«Aktionsplan» hilft den Kommunen nicht**

Ein „Aktionsplan Nahmobilität“ soll Handlungsschwerpunkte zur Zielerreichung beinhalten und insbesondere für Gemeinden gelten. Aber im Gesetzestext sind weder die Schwerpunkte noch die Ziele formuliert. In der Begründung wird ausgeführt, dass der Aktionsplan keine rechtliche Verbindlichkeit habe, sondern beispielsweise als Handlungshilfe für die Kommunen zur Verfügung gestellt werde. Das ist doch alles sehr dünn vor dem Hintergrund, dass vor allem die Kommunen als Straßenbaulastträgerinnen einen Großteil der Radverkehrsinfrastruktur planen und umsetzen müssen. In unseren Grünen Eckpunkten hingegen machen wir die Vorgabe, dass die Kommunen lokale Radverkehrspläne mit konkreten Ergebnis- und Handlungszielen sowie Strategien zu deren Umsetzung vorlegen müssen. Da aufgrund des „Konnexitätsprinzips“ das Land den Kommu-



nen keine Aufgaben übertragen darf, ohne für die entstehenden Kosten aufzukommen, schlagen wir einen finanziellen Ausgleich für die neuen Planungsaufgaben in Höhe von einem Euro pro Einwohner\*in und Jahr vor. Die Kosten für den Bau von Radwegen werden sowieso vom Land mitfinanziert und neuerdings auch vom Bund gefördert. Das dafür zur Verfügung stehende Budget muss natürlich auch bedarfsgerecht erhöht werden.

#### **Mehr personelle Ressourcen**

Letztendlich ausschlaggebend für eine erfolgreiche Umsetzung selbst der von der Landesregierung vorgelegten wenig ambitionierten Vorgaben zur Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur sind nicht allein die finanziellen Mittel, sondern vor allem die personellen Ressourcen. Hierfür sind im Gesetzentwurf überhaupt keine Ansätze zu erkennen, die über die bereits im vergangenen Jahr verkündete Einstellung von zehn (!) weiteren Planer\*innen bei Straßen.NRW hinausgehen. Diese zehn Mitarbeitenden (von insgesamt über 3.000 Stellen für Landes- und Bundesstraßen) sollen sich um die Planung und Umsetzung insbesondere der Radverkehrsinfrastruktur kümmern.

#### **Mobilität.NRW statt Straßen.NRW**

Angesichts der Aufgaben, die bereits heute für den Bau und Erhalt der bisherigen Radverkehrsinfrastruktur des Landes anstehen - zum Beispiel die seit Langem geplanten aber nur in ganz kurzen Teilstücken umgesetzten Radschnellwege - ist dies geradezu lächerlich. Wir GRÜNE wollen deshalb, wie in einem bereits gestellten Plenarantrag beschrieben, den Landesbetrieb Straßen.NRW zu einem Landesbetrieb Mobilität.

NRW umbauen. Dieser soll zukünftig die Planung und Umsetzung sowohl der Aufgaben des Radverkehrsgesetzes als auch des ebenso dringend notwendigen Ausbaus der Schieneninfrastruktur in NRW übernehmen. Dazu muss sich der Landesbetrieb Straßen.NRW zu einem Dienstleister für eine moderne Mobilitätsinfrastrukturpolitik weiterentwickeln. Mindestens ein Viertel der bislang ausschließlich für den Straßenbau zuständigen Mitarbeiter\*innen sollen zukünftig für Planung, Bau und Unterhalt der Radinfrastruktur zuständig sein, damit das Ziel von mindestens 25 Prozent Radverkehrsanteil am Modal Split auch angemessen personell abgebildet wird. Die Straßeninfrastruktur ist weitgehend fertig gebaut, die Radverkehrsinfrastruktur steckt hingegen erst in den Anfängen, von einem flächendeckenden, sicheren und komfortabel zu nutzenden Radwegenetz wie beispielsweise beim Nachbarn Niederlande sind wir in NRW noch weit entfernt.

Fazit: Leider trägt das von Verkehrsminister Wüst vorgelegte Radverkehrs- und Nahmobilitätsgesetz in seinem heutigen Entwurf nicht viel dazu bei, dass sich die Situation zukünftig deutlich verbessern wird. Wir GRÜNE werden deshalb zur parlamentarischen Befassung eigene Initiativen einbringen. Damit machen wir klar, wie eine zielgerichtete und konsequente Radverkehrsförderung aussieht und wie die beschlossenen Ziele der Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ Wirklichkeit werden können.

**Arndt.Klocke@landtag.nrw.de**  
**Sprecher für Verkehrspolitik**

## KLIMA SCHÜTZEN

**MEHR SOLAR AUF DIE DÄCHER**

Ein Schlüssel für Energiewende und Klimaschutz in unserem dicht besiedelten Bundesland sind die Dachflächen der vielen Gebäude. Jedes geeignete Dach braucht dazu so schnell wie möglich eine Solaranlage. Damit das gelingt, fordern wir die Einführung einer Solarpflicht in Nordrhein-Westfalen – mit fairen Ausnahmeregelungen und flexiblen Umsetzungsoptionen, wie der Möglichkeit, geeignete Dächer zu verpachten.

Aktuell werden weniger als 300.000 Dächer in NRW genutzt, um aus Sonnenlicht Energie zu machen – das ist deutlich weniger als jedes zehnte. Dabei könnten wir allein in NRW rund 30 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Deshalb braucht NRW deutlich mehr Tempo beim Solarausbau, um die Klimaziele zu erreichen. Die Pflicht sollte sich an den bestehenden Regelungen aus Baden-Württemberg und Hamburg orientieren und für alle geeigneten Wohn- und Nichtwohngebäude gelten. Dazu soll zunächst die Nutzung der Dachflächen von Neubauten und nach einigen Jahren auch von Bestandsgebäuden obligatorisch werden, zum Beispiel, wenn das Dach vollständig saniert wird. Dabei müssen soziale Härten selbstverständlich vermieden werden und Mieter\*innen genauso wie Einfamilienhausbesitzer\*innen von günstiger Solarenergie profitieren. Je nach Umsetzung könnte eine solche Solarpflicht einen zusätzlichen Zubau von 1.700 Megawatt Photovoltaikleistung auf Dachflächen garantieren. Ein Gutachten von Prof. Grigoleit (TU Dortmund), das wir beim wissenschaftlichen Dienst des Landtags in Auftrag gegeben haben, zeigt die rechtlichen Spielräume der Landesregierung. Und öffentliche Gebäude haben Vorbildwirkung: Die Landesregierung soll deshalb als erstes ihre eigenen Dächer zu Kraftwerken machen. Übrigens können Kommunen auch schon jetzt mehr Solar auf die Dächer bringen, zum Beispiel mit Vorgaben für Neubaugebiete. Hier muss die Landesregierung Kommunen über ihre Möglichkeiten besser aufklären. Denn wir brauchen Kommunen, die vorangehen und zeigen, welche positiven Wirkungen die Nutzung aller Dächer für Sonnenenergie auf den Klimaschutz haben kann.

**Wibke.Brems@landtag.nrw.de, Sprecherin für Klimaschutz und Energie - Arndt.Klocke@landtag.nrw.de, Sprecher für Bauen und Wohnen - Johannes.Rommel@landtag.nrw.de, Sprecher für Stadtentwicklung**

## FÜR MEHR ARTENSCHUTZ IN NRW

**VOLKSINITIATIVE UNTERSTÜTZEN**

Mit Hilfe der Bürger\*innen will die Volksinitiative Artenvielfalt den Artenschutz auf die Tagesordnung des Landtags bringen – mit Erfolg, denn schon nach wenigen Monaten hat sie mit mehr als 70.000 Unterschriften die Mindestanzahl an Stimmen erreicht. Wir sagen: Da geht noch mehr!

Fast die Hälfte der Tier- und Pflanzenarten in NRW stehen auf der Roten Liste, sind also akut bedroht. Dies führt deutlich vor Augen, dass CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen längst ihre Politik am Schutz der Artenvielfalt ausrichten müssten. Ob Landesplanung, Land- und Forstwirtschaft, Bauen, Wirtschaft oder Verkehr: Die Verantwortlichkeiten für einen ambitionierten Artenschutz in Nordrhein-Westfalen sind über verschiedene Landesministerien verteilt. Alle müssen sich ihrer Verantwortung stellen und handeln. Stattdessen hat die Landesregierung den Naturschutz zusätzlich geschwächt. Ungezügelter Flächenverbrauch, Abgrabungserleichterungen in Wasserschutzgebieten oder das Aus für Gewässerrandstreifen belegen, wie egal der schwarz-gelben Koalition der Schutz unserer Natur ist. Aufgrund dieser naturschutzfeindlichen Politik unterstützen wir die Volksinitiative Artenvielfalt.

Die Initiative ins Leben gerufen haben im Juli 2020 der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), Naturschutzbund Deutschland (NABU) und die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) in NRW. Die Verbände haben acht Handlungsfelder identifiziert. Dazu gehören unter anderem: Flächenfraß verbindlich stoppen, Schutzgebiete wirksam schützen, naturnahe und wilde Wälder zulassen sowie naturverträgliche Landwirtschaft aktiv voranbringen. Bis Anfang Juni 2021 können Unterstützer\*innen weitere Unterschriften sammeln. Je mehr Bürger\*innen sich in NRW mit ihrer Unterschrift zum Erhalt der Artenvielfalt bekennen, desto größer ist die Signalwirkung an die Landesregierung. Nach Übergabe der Unterschriften hat der Landtag drei Monate Zeit, das Thema zu behandeln.

Mehr Informationen unter [www.artenvielfalt-nrw.de](http://www.artenvielfalt-nrw.de)

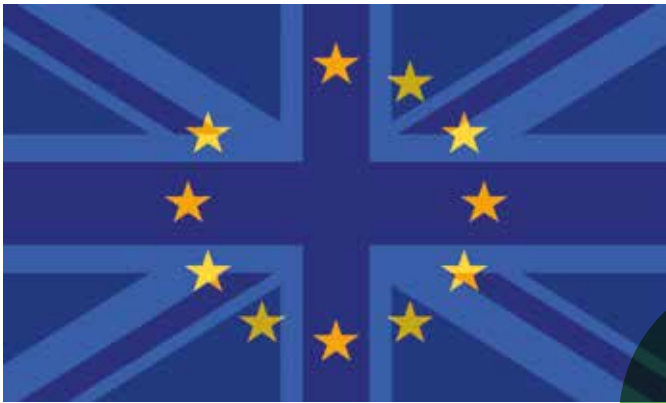
**Norwich.Ruesse@landtag.nrw.de, Sprecher für Umwelt- und Naturschutz**

## ENQUETE-KOMMISSION «BREXIT»

## ABSCHLUSSBERICHT ZEIGT PERSPEKTIVEN

## ZUKUNFT DER INNENSTÄDTE

## GRÜN, NACHHALTIG, VIELFÄLTIG



NRW NEWS

Seit dem 01. Januar gelten das Vereinigte Königreich und Nordirland (VK) offiziell als Drittstaat der Europäischen Union (EU). Damit endete die Übergangsphase nach dem Austritt. Der Landtag hat im Dezember 2018 auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion eine Enquete-Kommission eingesetzt, um Lösungsansätze zur Abmilderung negativer Effekte zu entwickeln und den Umgang mit möglichen Chancen zu prüfen.

Die zweijährige Arbeit mündete in einem Abschlussbericht (<https://gruene.fr/18i>), der im März 2021 im Plenum verabschiedet wurde. Auf mehr als 350 Seiten werden alle vom Brexit betroffenen Bereiche in NRW untersucht und auf Grundlage von zahlreichen Studien und Anhörungen, Gutachten und Stellungnahmen insgesamt 127 Handlungsempfehlungen abgeleitet, wie die Beziehungen zum VK nach dem Brexit fortgeführt und vertieft werden können. Sie dienen als Leitfaden und Orientierung für zukünftige Entscheidungen in NRW. Wir GRÜNE haben Wert darauf gelegt, Vorschläge zu erarbeiten, um insbesondere die gesellschaftlichen und kulturellen Einschränkungen etwa für Kinder, Jugendliche und Familien, Kommunen, Vereine, aber auch für die Bildungs- und Forschungslandschaft so gering wie möglich zu halten. Eine der Handlungsempfehlungen ist dabei die Schaffung eines deutsch-britischen Jugendwerks, um den weiteren Austausch junger Menschen sicherzustellen. Auch Verbraucherinteressen wurden in den Blick genommen, genau wie Chancen und Risiken für den Wirtschaftsstandort NRW, die veränderten Wettbewerbsbedingungen des VK und deren Auswirkungen zum Beispiel auf Umweltstandards.

Parallel zur Arbeit der Enquete-Kommission wurde auf europäischer Ebene um einen „Brexit-Deal“ gerungen – lange Zeit mit ungewissem Ausgang. Daher hat die Kommission zu jedem Zeitpunkt alle denkbaren Austrittsszenarien betrachtet.

Eine zentrale Lehre des Brexit ist für die Kommission eindeutig: Das Einigungsprojekt der EU ist fragil. Daher ist es die gemeinsame Pflicht aller Landtagsfraktionen, für die Errungenschaften Europas zu werben und sich zu einem vereinten Europa zu bekennen.

[Stefan.Engstfeld@landtag.nrw.de](mailto:Stefan.Engstfeld@landtag.nrw.de),  
Vorsitzender der Enquete-Kommission «Brexit»

Unsere Innenstädte sind seit Jahren in der Krise: Die Filialisierung, das „Aussterben“ inhabergeführter Geschäfte, steigende Mietpreise, leerstehende Schrottimmobilien... Hinzu kommt die Kundschaft, die Tag für Tag Pakete von Online-Giganten bekommt und einbrechende Umsätze im lokalen Einzelhandel. Die Corona-Pandemie droht vielen Zentren den Todesstoß zu geben.

Das Gute allerdings ist: Innenstädte sind wieder Thema. In Gesellschaft und Medien wird die Renaissance des öffentlichen Raums diskutiert. Handel, Gastronomie und Politik sitzen wieder gemeinsam am Tisch. In der Krise wurde Stadt neu entdeckt: Temporäre Spielstraßen, Nachbarn, die gemeinsam Blumenbeete bepflanzt haben und mehr Menschen trafen sich in Parks und auf Plätzen.

Die Transformation der Innenstädte ist ein breites Feld. Wo früher nur über Parkplätze und Sonntagsöffnungen debattiert wurde, muss es heute um Digitalisierung, Klimaschutz und die Mobilitätswende gehen. Wir wünschen uns Orte der Begegnung, Barrierefreiheit und mehr grüne Infrastruktur. In den nächsten 30 Jahren gilt es, das System Stadt neu zu gestalten und dabei Maß zu nehmen an den Klimaschutzzielen.

Auf dieser Grundlage muss vor Ort ein eigenes Profil entwickelt werden. Neben dem Handel stärkt ein Mix aus Handwerk, Gastronomie, Kultur, Bildung, sozialen Angeboten, Arbeiten und Wohnen die Zentren. Dabei ist die Innenstadt mehr als die Summe ihrer Nutzungen – auf die Menschen kommt es an. Damit das Leben in guter Nachbarschaft möglich ist, braucht es Netzwerke: Vor Ort und auch im regionalen Kontext. Dafür brauchen wir starke Kommunen. Ihre Handlungsfähigkeit muss rechtlich und finanziell gestärkt werden. Dann können sie Stadtentwicklung wieder in die eigene Hand nehmen.

Wir haben zu dem Thema eine Zukunftsinitiative angestoßen und einen breiten Beteiligungsprozess durchgeführt. Die Ergebnisse findet Ihr unter [www.johannes-remmel.de/innenstadt](http://www.johannes-remmel.de/innenstadt). Dort sammeln wir auch gute Beispiele um die Zukunft zu gestalten.

[Johannes.Rommel@landtag.nrw.de](mailto:Johannes.Rommel@landtag.nrw.de),  
Sprecher für Stadtentwicklung

### ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

Als Abonnent\*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an [datenschutz.gruene@landtag.nrw.de](mailto:datenschutz.gruene@landtag.nrw.de).

### NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage [www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de) anmelden oder uns eine E-Mail an [gruene-pressestelle@landtag.nrw.de](mailto:gruene-pressestelle@landtag.nrw.de) schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.

### IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):  
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW  
Mehrdad Mostofizadeh MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Kontakt:  
Tel 0211 884-2887  
Fax 0211 884-2890  
[www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de)  
[gruene-pressestelle@landtag.nrw.de](mailto:gruene-pressestelle@landtag.nrw.de)



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene\_fraktion\_nrw

Redaktion:  
Guido von Wiecken

Gestaltung:  
Guido von Wiecken

Bildnachweis:  
S. 1/8: Valentina Fezova @shutterstock.com – S. 2, 6l, 7l: Guido von Wiecken@GRÜNE im Landtag – S. 3: National Cancer Institute@unsplash – S. 5: Thomas Schlosser @ flickr – S. 6r: Jiří Mikoláš@Pexels – S. 7r. Bernd Hut-schenreuther@flickr

An dieser Ausgabe haben außerdem mitgewirkt: Michèle Eichhorn, Sonja Fasbender, Niklas Graf, Tobias Koch, Hanna Sander, Valerie Schnee, Julia Schönbeck, Bettina Tull

Stand: März 2021

Dieses Magazin darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

